

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 61/ 06. 12. 2003

AKTIV

Von PAN (Pestizid Aktions-Netzwerk)

Hamburg, 02.12.2003 **Verbot für Paraquat gefordert! Anlässlich des „Weltweiten Tag gegen den Pestizideinsatz“ am 3. Dezember ruft das Pesticide Action Network (PAN) International zu einem weltweiten Verbot und Produktionsstopp von Paraquat - einem der gefährlichsten Herbizide - auf.**

Das unselektive Herbizid Paraquat wird von Syngenta und anderen Herstellern in über 100 Ländern, hauptsächlich unter dem Markennamen GramoxoneTM, verkauft. Paraquat wird sowohl auf Plantagen als auch von Kleinbauern unter anderem beim Anbau von Bananen, Kaffee, Baumwolle, Palmöl, Ananas und Rohrzucker in großen Mengen eingesetzt.

Bereits seit den 1960er Jahren wird das Pestizid wegen seiner gesundheitsschädigenden Wirkung auf Menschen international kritisiert. Vergiftungen von Arbeitern und Bauern, die wiederholt dem Herbizid Paraquat ausgesetzt sind, stellen weltweit ein ernstes Problem dar. Paraquat ist ein extrem gefährliches Pestizid, das ernste Gesundheitsprobleme wie Schädigung von Lunge, Herz, Nieren, zentralem Nervensystem, Leber und Muskeln hervorruft. Das Herbizid verursacht weitere ernste akute und Langzeitschäden wie etwa schwere Dermatitis, Verbrennungen zweiten Grades, Nasenbluten, erhöhte Herzfrequenz, Nieren- und Lungenversagen. Auch chronische Effekte werden beobachtet. So wird Paraquat im Zusammenhang mit negativen Effekten auf die Entwicklung und auf die Fortpflanzung gesehen, sowie im Zusammenhang mit Krebs und Parkinson diskutiert. Die hohe akute Toxizität des Herbizids, für das kein Gegenmittel existiert, führt bei Exposition zu schwerwiegenden Gesundheitsproblemen bis hin zum Tod.

Studien weisen zudem daraufhin, dass Paraquat tödliche Effekte auf Hasen und Vögel hat, sowie embryotoxisch und teratogen für Frösche ist. Paraquat gefährdet Land- und Wasserpflanzen und kann in Böden akkumulieren. Aufgrund dieser Wirkungen hat PAN International das hochgiftige Paraquat bereits 1985 auf die Liste des „Dreckigen Dutzend“ der gefährlichsten Pestizide gesetzt. In Entwicklungsländern herrschen Arbeits- und Lebensbedingungen wie etwa hohe Temperaturen und Luftfeuchtigkeit, Fehlen von Schutzkleidung, Lecken von Sprühtornistern, Analphabetismus, Fehlen von Waschgelegenheiten und medizinischer Betreuung vor. Dies gibt Anlass zur Sorge, dass ein sicherer Einsatz von Paraquat, trotz „Sicherheits-Versprechungen“ der Pestizidindustrie, in solchen Ländern nicht gewährleistet werden kann.

Aufgrund seiner hohen Toxizität ist die Anwendung von Paraquat bereits in 14 Ländern verboten oder eingeschränkt – hierzu zählen auch fünf Mitgliedsländer der EU und die Vereinigten Staaten von Amerika.

„Als erstes asiatisches Land hat Malaysia letztes Jahr den Einsatz von Paraquat verboten. Um Umwelt und Gesundheit überall auf der Welt zu schützen, muss jetzt ein weltweites Verbot des giftigen Herbizids Paraquat folgen“, erklärt Sarojeni V. Rengam, Geschäftsführerin von Pesticide Action Network Asia and the Pacific.

Aufgrund der schwerwiegenden Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen, die der Einsatz von Paraquat bedingt, fordert das Pesticide Action Network (PAN) International anlässlich des „Weltweiten Tag gegen den Pestizideinsatz“ am 3. Dezember, dass:

- Syngenta, der Hauptproduzent von Paraquat, die Produktion von Paraquat einstellt
- Syngenta die volle Verantwortung für die gravierenden, durch Paraquat verursachten Gesundheitsschädigungen übernimmt

- Die Verantwortlichen in allen Ländern den Einsatz von Paraquat verbieten
- Paraquat durch sicherere und nachhaltigere Schädlingbekämpfungs-Maßnahmen ersetzt wird

Zusatzinformationen

PAN International hat anlässlich des „Weltweiten Tag gegen den Pestizideinsatz“ am 3. Dezember eine Stellungnahme zu Paraquat erstellt. Diese kann unter http://www.pan-germany.org/download/position_paraquat_2003.pdf von der PAN Germany Homepage heruntergeladen werden.

3. Dezember – Erinnerung an die Pestizid-Katastrophe in Bhopal

In Erinnerung an den bisher schlimmsten Chemie-Unfall im Jahr 1984 hat das Pesticide Action Network (PAN) International den 3. Dezember zum „Weltweiten Tag gegen den Pestizideinsatz“ ausgerufen. An diesem Tag explodierte in Bhopal (Indien) eine Pestizid-Fabrik bei der giftige Gase freigesetzt wurden. 500.000 Verletzte und 20.000 Tote hat die Katastrophe seitdem als Opfer gefordert. Jedes Jahr am 3. Dezember werden in vielen Ländern Aktivitäten durchgeführt, um an die umwelt- und gesundheitsgefährdenden Effekte von Pestiziden zu erinnern.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

PAN Africa : Abou Thiam, panafrica@pan-africa.sn, Tel: 00221-825-49-14
 PAN Asia - Pacific (www.panap.net) : Sarojeni Rengam, panap@panap.net, Tel: 0060-4-657-0271
 PAN Germany (www.pan-germany.org): Karina Nikov, presse@pan-germany.org, Tel: 040-3991910-0
 PAN Latin America – RAPAL (www.rap-al.org): Maria-Elena Rozas, rapal@rapal.cl, Tel: 0056-2-3416742
 PAN North America (www.panna.org): Monica Moore, panna@igc.org, Tel: 001-415-981-1771
 PAN UK (www.pan-uk.org): Barbara Dinham, admin@pan-uk.org, Tel: 0044-207-274-88-95

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. Fon: +49 (0)40-39 91 91 0-0, Nernstweg 32, D-22765 Hamburg
 Fax: +49 (0)40-390 75 20
presse@pan-germany.org <http://www.pan-germany.org>

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Mobilfunktagebuch: Ein Jahr in der Strahlungskeule von Dr. Irmtraut Eder-Stein

Von Elektrosmog.News:

In Grossbritannien hören die Gerichte eher auf die Bürgerinitiativen als auf die Mobilfunkfirmen.

Oberstes Zivilgericht Englands urteilte gegen Mobilfunkmasten In Großbritannien fällte das oberste Zivilgericht kürzlich einige Urteile gegen die Regierung und Mobilfunkbetreiber in Fällen, in denen die Planungsbehörden bei der Entscheidung, ob ein Mobilfunkmast genehmigt wird oder nicht, gesundheitliche Aspekte außer Acht gelassen hatten.

=====

KURZINFO

5.12.2003 [Luftverschmutzung erhöht Lungenkrebsrisiko bei Männern](http://www.presetext.de/pte.mc?pte=031204004) - Stickstoffoxidwerte sind entscheidend <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=031204004>

London (dpa) - **Bei britischen Arbeitern setzen typische Altersleiden einer Studie zufolge etwa 15 Jahre früher ein als bei Angehörigen der Mittelschicht. Im Alter zwischen 50 und 59 Jahren**

hat demnach jeder dritte Arbeiter ein chronisches Leiden wie...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=12&d=6&id=106110>

Bonn (dpa) - **Die Zulassung und die Beipackzettel für Medikamente zur Hormonersatztherapie bei älteren Frauen müssen geändert werden.** Das hat am Freitag in Bonn das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) bekannt gegeben. Die...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=12&d=6&id=106105>

Hormontherapie: Zu langer Bremsweg - Der lange Weg wissenschaftlicher Erkenntnisse in den therapeutischen Alltag [Wissenschaftliches Institut der AOK - 04.12.03) Bonn (ots) - Der Bremsweg bei der Hormontherapie in Deutschland ist nach Ansicht des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) viel zu lang. Die verhängnisvolle Situation laut WIdO: durch den breiten Einsatz von

Hormonkombinationspräparaten bei Frauen in den Wechseljahren ist mit bis zu 25.000 Brustkrebsdiagnosen in Deutschland zu rechnen. Obwohl zwischenzeitlich verschiedene Studien belegen, dass die gesundheitlichen Risiken einer langjährigen Hormoneinnahme den Nutzen überwiegen, wurden im Jahr 2002 nach Erhebungen des WIdO immer noch 877 Millionen Tagesdosen an Hormonen verordnet. Die Analyse des aktuellen Verordnungsgeschehens sowie der Bericht zur Analyse der Websites von Gynäkologinnen und Gynäkologen sind ab sofort auf der WIdO-Webseite einsehbar <http://www.wido.de/Arzneimittel/hormone> <http://www.presseportal.de/>

Pressekontakt: Wissenschaftliches Institut der AOK, Kortrijker Straße 1, 53177 Bonn, Tel.: 0228-843 393, Fax: 0228-843 144, email: wido@wido.aok.bv.de

04. 12. 2003 **Milliarden-Verschwendung bei Behandlung psychisch Kranker** DÜSSELDORF. Bei der Behandlung psychisch Kranker werden laut einer Studie in Deutschland jedes Jahr mehr als zwei Milliarden Euro verschwendet. Jeder Patient mit psychischen Leiden verursache derzeit ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=14725>

und/oder **Studie: Milliardenverschwendung bei psychischen Leiden**

Düsseldorf (dpa) - Bei der Behandlung psychischer Leiden werden im deutschen Gesundheitswesen einer neuen Studie zufolge jährlich mehr als zwei Milliarden Euro verschwendet. Viele Kranke würden falsch und unnötig lange behandelt, erklärten die Deutsche Angestellten- Krankenkasse und die Allgemeine Hospitalgesellschaft AG am Mittwoch in Düsseldorf. Ein psychisch Kranker verursache binnen zwei Jahren durchschnittlich 40 000 Euro Kosten. Die Ausgaben ließen sich mit einem fachübergreifenden Behandlungskonzept um die Hälfte senken. Durch eine Fehlversorgung werde die Krankheit vieler Patienten chronisch. Jahrelange Leidenskarrieren seien die Folge. Die Gesundheitspolitik könne die Kosten nachhaltig senken und die Behandlungsqualität der Patienten gleichzeitig sogar verbessern. Die Untersuchung von Professor Manfred Zielke (Mannheim) belege, dass mit einem fachübergreifenden Konzept der Medikamentenverbrauch sinke, Ärzte seltener konsultiert werden müssten und sich die Fehlzeiten am Arbeitsplatz von 148 Tagen in zwei Jahren auf 55 Tage deutlich verringerten. Für die Studie seien 338 Patienten über einen Zeitraum von fünf Jahren untersucht worden.

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=12&d=4&id=106022>

Anmerkung Scherrmann: Wenn ich davon ausgehe - und die neuen Erkenntnisse sprechen deutlich dafür - dass ein Grossteil von psychischen Krankheiten durch Neurotoxine und als Folge chronischer Krankheiten - bedingt durch Schadstoffe aller Art - entstehen, dann ist die Milliardenverschwendung noch viel, viel eklatanter. Dazu auch mein Schreiben (betrifft: A) Ursachen der Kostensteigerung durch Fehldiagnosen und Fehltherapien toxin-induzierter Krankheiten und B) Möglichkeiten der Kostenreduktion im Gesundheitswesen) vom 25. 09. 2002 an Vorsitzende von GVKs

3.12.2003

Pestizid verzögert sexuelle Reifung US-Studie: Endosulfan wirkt offensichtlich hormonstörend

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=031203023>

und/oder **Insektizid Endosulfan verzögert Geschlechtsreife bei Jungen** AHMEDABAD/INDIEN.

Endosulfan, das lange Zeit als breit wirksames Insektizid in der Land- (Obst-, Gemüse-, Hopfen-, Weinanbau) und Forstwirtschaft eingesetzt wurde, kann die Geschlechtsreife bei ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=14723>

Zuwachs: Jeder Neunte arbeitet im Gesundheitswesen

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=12&d=3&id=105957>

Anmerkung Scherrmann: Ich denke, es ist nicht verwunderlich, dass so wenig Bewusstsein fuer die Relevanz von Schadstoffen bei der Krankheitsentstehung vorhanden ist, wenn man weiss, wie viele in unserem Land von diesem Nichtwissen und der mangelnden Praevention profitieren. Unsere Medizin ist weitgehend auf Reparation und nicht auf Praevention ausgerichtet.

Hirnforscher: Erwarten Kostenexplosion durch Altersanstieg

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=12&d=3&id=105952>

und/oder **Kostenexplosion durch Hirnkrankheiten erwartet** Düsseldorf (dpa) - Durch den Anstieg der Zahl alter Menschen in Deutschland droht allein im Bereich der Hirnkrankheiten eine Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Darauf haben führende Hirnforscher am Dienstag in Düsseldorf hingewiesen. Die Zahl der Alzheimer-Patienten, die derzeit bei rund einer Million liege, werde sich in den kommenden 15 Jahren vermutlich mehr als verdoppeln, sagte Professor Karl Zilles (Jülich/Düsseldorf). URL steht nicht mehr zur Verfügung.

Berufsgenossenschaften im Kreuzfeuer der Kritik Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln sowie der Bund der Steuerzahler kritisieren die Berufsgenossenschaften. Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung gäben zuwenig Geld für die Prävention aus, aber zuviel für die Verwaltung. http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=288770,3156./politik/gesundheitsystem_uns

2.12.2003

Fehlzeiten-Report 2003: Psychische Erkrankungen auf dem Vormarsch BONN. Immer häufiger sind psychische Störungen dafür verantwortlich, dass Beschäftigte im Betrieb fehlen. Die Erkrankungen des psychiatrischen Formenkreises sind mittlerweile die vierthäufigste ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=14711>

Strahlung weit unter Grenzwert Wo Mobilfunkmasten aufgestellt werden, formieren sich Bürgerinitiativen und protestieren gegen die vermeintlich gesundheitsschädlichen Magnetfelder im Umfeld der Anlagen. Der TÜV Nord hat nun Ergebnisse von Messungen veröffentlicht, denen zufolge die Strahlung der Sendemasten in Nordrhein-Westfalen weit unter dem gesetzlichen Grenzwert liegt.

http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=288462,3155./politik/gesundheitsystem_uns

Kommentar Scherrmann: Es heisst doch wohl: „die vermeintlich sicheren Grenzwerte“. Es ist interessant festzustellen, wie fixiert manche auf Grenzwerte sind, auch wenn die Geschichte laengst gezeigt hat, dass Grenzwerte immer wieder nach unten korrigiert werden muessen, und dass Grenzwerte politische bzw. stark von der Industrie beeinflusste Werte sind.

Frauen werden bei Arzneiprüfung heute mehr berücksichtigt als früher Bis 1992 durften Frauen im gebärfähigen Alter wegen der Risiken für Fertilität und einer bestehenden Schwangerschaft nicht an klinischen Studien der Phase I und II teilnehmen. Inzwischen würden Frauen ausreichend bei der Entwicklung eines Arzneimittels berücksichtigt, so Dr. Siegfried Thom vom Verband Forschender Arzneimittelhersteller.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=287562,3155./politik/arzneimittelversorgung>

Anmerkung Scherrmann: Dass es „ausreichend“ ist, wage ich zu bezweifeln. Ich denke, insgesamt wird noch viel zu wenig auf rollenspezifische Aspekte im Krankheitsgeschehen geachtet.

28. 11. 2003 **Rauchabgase töten 1,6 Mio. Menschen jährlich** Alle 20 Sekunden ein Todesopfer durch Gasvergiftung <http://www.pressext.de/pte.mc?pte=031128036>

25.11.03 **Wachsmalstifte: Können bedenkliche Substanzen enthalten**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=11&d=26&id=105657>

=====

TERMINE

04 Cotton; A European Conference on Developing the Organic Cotton Market“- Bundesministerin übernimmt Schirmherrschaft für Bio-Baumwoll-Konferenz

Vom 10. bis 13. Februar 2004 werden in Hamburg internationale Vertreter der Bio-Baumwoll-Branche zusammenkommen. Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Frau Heidemarie Wiecek-Zeul, unterstützt die Konferenz mit ihrer Schirmherrschaft.

Die Konferenz mit dem Titel „04 Cotton: A European Conference on Developing the Organic Cotton Market“ wird von PAN Germany zusammen mit Partnern im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes 'Fair dialogue- mutual benefit: responsible cotton stewardship' organisiert. Langfristiges Ziel dieses Projektes ist es, europäische Beteiligte entlang der textilen Kette und Endverbraucher in Europa zu einem verstärkten Engagement für die Verbesserung der ökonomischen, gesundheitlichen und Umweltbedingungen der baumwollproduzierenden Kleinbauern Afrikas zu bewegen. Es soll Bewusstsein geschaffen werden für die sozialen und ökologischen Vorteile des kontrolliert biologischen Anbaus von Baumwolle. Eigene Handlungsmöglichkeiten auf verschiedenen Ebenen werden aufgezeigt.

Die Konferenz wird Impulse für den Bio-Baumwoll-Markt geben. „Afrikanische und europäische Vertreter der Branche, aber auch Repräsentanten aus der Politik und von Verbänden werden mit Vorträgen und in Workshops den Bio-Baumwoll-Sektor aus verschiedenen Blickwinkeln analysieren. Sie werden Entwicklungs-Hindernisse identifizieren und Kooperationsstrategien entwickeln, um diese zu überwinden“, erklärt Norbert Reintjes, Projektkoordinator für das Projekt Cotton Connection bei PAN Germany. „Die Konferenz wird zudem der Auftakt zur Initiierung eines europäischen Netzwerkes sein, das die großen Potentiale des Sektors bündelt und Synergieeffekte sinnvoll nutzen will“ ergänzt Alexandra Baier, Projektkoordinatorin bei PAN Germany.

Das detaillierte Programm der Bio-Baumwoll-Konferenz sowie ein Online-Anmeldebogen finden sich unter <http://www.OrganicCottonEurope.net/conference.htm> oder können bei PAN Germany angefordert werden.

Weitere Informationen: Alexandra Baier (<mailto:alexandra.baier@pan-germany.org>)
Norbert Reintjes (<mailto:norbert.reintjes@pan-germany.org>)
Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. Fon: +49 (0)40-39 91 91 0-0
Nernstweg 32, D-22765 Hamburg Fax: +49 (0)40-390 75 20
<http://www.pan-germany.org>

=====

VERNETZUNG

Bitte um Hilfe:

Scherrmann: Wenn ich mich recht erinnere, hatte jemand, der diesen newsletter abonniert hat, viel mit Perchloräthylen zu tun. Würden Sie sich bitte bei mir melden, um Erfahrungen und Wissen mit einem neuen Abonnenten auszutauschen?

=====

VEROEFFENTLICHUNGEN

Dr. Tino Merz

**VOC (Volatile Organic Compounds) – Komplexe Krankheitsbilder durch zelluläre
Multifunktionsstörungen**

**- Tox. Enzephalopathie (TE) – Toxische Polyneuropathie (TPNP) – Sick-Building-Syndrom (SBS)
– Multiple Chemische Sensitivitaet (MCS)**

Das Skript wird demnaechst veroeffentlicht.

Es ist vorab als pdf-Datei ueber info@safer-world.org zu erhalten.

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

UBA – UMWELTBUNDESAMT

Neuer Themen-Dienst des UBA: Böden bewusster wahrnehmen - Böden vorsorgend schützen

5. Dezember - „Internationaler Tag des Bodens“

Mit dem „Internationalen Tag des Bodens“ am 5. Dezember 2003 möchten Bodenkundler mehr Aufmerksamkeit für das verkannte Umweltmedium erreichen. Böden haben ein langes Gedächtnis: Umweltbelastungen bleiben in Böden über Jahrzehnte, manchmal Jahrhunderte, gespeichert. Der erste Themen-Dienst der UBA-Pressestelle soll Journalistinnen und Journalisten bei ihrer Arbeit unterstützen. Im Internet zu finden unter: <http://www.umweltbundesamt.de/>

6.12.2003

**Umweltschutz in Industrie- und Chemieparcs gewaehrleisten
Sicherheit auch in neuen Organisationsformen erreichbar**

Viele Industriestandorte haben sich in den vergangenen Jahren erheblich veraendert: Aus dem traditionellen „Werk“ ist ein „Industrie- und Chemiepark“ geworden. Die Verantwortung fuer Anlagensicherheit und Umweltschutz liegt dort nicht mehr in der Hand eines einzigen Unternehmens, sondern verteilt sich auf mehrere ausgegliederte oder neu gegruendete Betriebe. Industrie und Behoerden stehen vor neuen rechtlichen und organisatorischen Herausforderungen, um Sicherheit und Umweltschutz zu gewaehrleisten. Wie ist das Umweltrecht unter den neuen Voraussetzungen handhabbar? Wie sollten privatrechtliche Regelungen zwischen Parkbetreiber und Nutzern gestaltet sein? Erste Loesungsansaezte bot ein Fachgespraech, dessen Ergebnisse das Umweltbundesamt (UBA) jetzt veroeffentlicht hat.

Auf dem Fachgespraech im Juli 2003 zeigten Vertreterinnen und Vertreter der Behoerden, Industrie, Beratungsunternehmen und Rechtswissenschaft, wo umweltrechtliche Vorschriften in Industrie- und Chemieparcs Anwendungsprobleme aufwerfen und zeigten Loesungsansaezte auf. Wesentliche Ergebnisse des Fachgespraeches sind:

- Viele umweltrechtliche Regelungen sind nicht auf Chemieparcs zugeschnitten. Betroffen davon sind - neben der Anlagensicherheit und Stoerfallvorsorge - auch das Abwasserrecht, das Abfallrecht, das Immissionsschutzrecht einschließlic des Laermschutzes, der Gefahrguttransport und das Chemikalienrecht. Eines der Hauptprobleme besteht dabei in der rechtlichen Einordnung bisheriger Betriebsangehoeriger: Sie gelten nunmehr als nach umweltrechtlichen Vorschriften zu schuetzende Nachbarschaft. In diesem Zusammenhang ist eine Pruefung sinnvoll, inwieweit sich durch Auslegung bestehender Vorschriften Anwendungsprobleme loesen lassen und wo Rechtsaenderungen erforderlich sind.
- Es bestand ueberwiegend Einigkeit, dass es moeglich und sinnvoll ist, vertragliche Musterloesungen zu erarbeiten. Sie koennen Hilfestellungen fuer eine praktikable und rechtlich tragfaehige Aufteilung der Verantwortlichkeiten im Chemiepark geben. Musterloesungen wuerden nicht nur den Industrieparkbetreibern - besonders in kleineren Parks mit heterogener Zusammensetzung -, sondern auch den Behoerden Hilfestellung fuer die Ueberpruefung der Einhaltung umweltrechtlicher Verpflichtungen geben. Ergaenzend sind Checklisten nuetzlich, die den Behoerden Handreichungen fuer die Ueberpruefung der Industrie- und Chemiepark-Konstellationen daraufhin geben, ob das geltende Umweltrechts eingehalten wird.

- Unsicherheiten bestehen bei den Behoerden, welche Handlungsspielraeume sie haben. Diese fuehlen sich zur Zeit oftmals vielfaeltigen Beurteilungsmoeglichkeiten ausgesetzt, da die Adressaten der behoerdlichen Verpflichtungen in ein Netz vertraglicher Beziehungen eingebunden sind, auf das die Behoerde keinen Einfluss nehmen kann. Vielmehr richten sich ihre Handlungsinstrumentarien (bis hin zur Betriebsuntersagung oder Stilllegung nach § 20 Bundes-Immissionsschutzgesetz, BImSchG) jeweils an die Chemieparksnutzer. Generell stellt sich angesichts des Auseinanderfallens zwischen dem innerhalb des Industrieparks Verantwortlichem (Infrastrukturgesellschaft) und den Adressaten oeffentlich-rechtlicher Pflichten (Betreibergesellschaften) die Frage, ob behoerdliche Handlungsformen eingefuehrt werden sollten, die den Behoerden erweiterte Kompetenzen hinsichtlich der Pruefung (Zustimmungsvorbehalt) und der Inhaltskontrolle der Standortvertraege geben.
- Auch in der EU wird die Problematik der Industrieparks gesehen. Dies gilt fuer die Seveso II-Richtlinien sowie fuer andere Bereiche. Hierzu gehoert vor allem die Genehmigung nach der Richtlinie fuer die integrierte Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzungen (EG-IVU-Richtlinie). Die EU-Kommission hat Ueberlegungen angedeutet, auch die Moeglichkeit einer Aenderung des Konzepts der Genehmigung, etwa durch Bewilligung aller an einem Standort, einschließlich Industrieparks, vorhandenen Anlagen einzubeziehen.

Der Tagungsband „Die Anwendung umweltrechtlicher Vorschriften in Industrie- und Chemieparks“ ist in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes als Nr. 77/03 erschienen und umfasst 96 Seiten. Er ist kostenlos erhaeltlich beim Zentralen Antwortdienst des UBA, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin (Postkarte), Fax 89 03-2912 oder ueber das Internet unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de>.

Berlin, den 05.12.03 **Stoerfallvorsorge - aber richtig**

Fachleute aus mittel- und osteuropaeischen Staaten informierten sich ueber Anlagensicherheit in Deutschland

Anlagensicherheit und Stoerfallvorsorge sind nicht nur eine nationale Aufgabe. Die Europaeische Union (EU) unternimmt deshalb konkrete Schritte, die Sicherheit technischer Anlagen durch internationale Regelungen sowie durch Vermittlung von Know-how zu gewaehrleisten. Vom 15. September bis zum 14. November 2003 fand deshalb die erste Fortbildungsveranstaltung fuer Fachleute mittel- und osteuropaeischer Staaten zur Anlagensicherheit in Deutschland statt. Sieben Fachleute aus Armenien, Georgien, Republik Moldau, Rumaenien, Ukraine und Russland bildeten sich auf Einladung des Bundesumweltministeriums (BMU) und des Umweltbundesamtes (UBA) fort. Damit leistet Deutschland auch einen aktiven Beitrag, um die Beschluesse der zweiten Vertragsstaatenkonferenz des UN ECE-Uebereinkommens ueber grenzueberschreitende Auswirkungen von Industrieunfaellen umzusetzen.

Zur Fortbildung gehoerten zum Beispiel ein Intensivsprachkurs in deutscher Sprache, ein Seminar zur Einfuehrung in das europaeische und deutsche Anlagensicherheitsrecht sowie der Besuch der Berliner Bundesanstalt fuer Materialforschung und -pruefung (BAM).

In den Landesumweltministerien und deren nachgeordneten Behoerden der Laender Bayern, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen lernten die Fachleute den Vollzug direkt kennen - das heißt: Die Genehmigung und Ueberwachung gefaehrlicher Anlagen in Deutschland. Zudem informierten sie sich bei den Technischen Ueberwachungs-Vereinen (TUEV) sowie bei Anlagenbetreibern ueber den Stand der Sicherheitstechnik und die verschiedenen Aspekte der Stoerfallvorsorge.

Der Vollzug des Anlagensicherheitsrechts, die Gesetzgebungs- und Genehmigungsverfahren fanden besonderes Interesse. Fuer die Mehrzahl der auslaendischen Fachleute **war die umfassende Einbeziehung von Verbaenden und der Bevoelkerung in die Genehmigungsverfahren sowie die Rolle unabhaengiger Gutachter neu**. In den Heimatlaendern der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gibt es meist keine unabhaengigen Gremien, die Behoerden in sicherheitstechnischen Fragen beraten und Moeglichkeiten fuer eine hoehere Anlagensicherheit aufzeigen.

Anmerkung Scherrmann: Ueber die Definition von „umfassend“ und „unabhaegige Gremien und unabhaengige Gutachter“ kann man/frau sich streiten. Sicher ist vieles bei uns besser als in osteuropaeischen Staaten, dennoch sind unsere Behoerden weit entfernt, die Verbraucherinnen auf allen relevanten Gebieten ehrlich aufzuklaeren. Die eigentliche Vorsorge ist auch bei uns noch nicht „richtig“, sie kann es auch nie sein, z. B. solange es AKWs gibt.

Hinzukommt, dass als „Stoerfall“ nur die spektakulaeren Faelle betrachtet werden, die weniger spektakulaeren – bei denen der Tod nicht sofort einsetzt – bleiben weitgehend unberuecksichtigt.

Zufaellig las ich – kurz bevor diese mail eintraf - den Artikel „What The Chemical Industry Fears“ , indem aufgeschluesselt wird, wie die Chemische Industrie in den USA ihre Manager in Tagungen schult, um Stoerfaelle zu verharmlosen, und wie ganz bewusst NGOs eingesetzt werden, um die Meinung der Oeffentlichkeit zu beeinflussen.

Berlin, 4. Dezember 2003: Gemeinsame Pressemitteilung des Bundesministeriums fuer Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Umweltbundesamtes: **Die Lokale Agenda 21 mit Leben fuellen: Leitfaden gibt Kommunen und Wirtschaft Impulse**

Das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt haben einen Leitfaden erarbeitet, der den Kommunen und den Unternehmen Impulse fuer die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 geben soll. Der Leitfaden basiert auf Erfahrungen aus einem Modellprojekt, in dem das Umweltamt der Stadt Duesseldorf und ortsansaessige Unternehmen Kooperationsmoeglichkeiten erprobt haben. Der Leitfaden wurde heute auf einem Symposium in Duesseldorf vorgestellt, das die Parlamentarische Staatssekretaerin im Bundesumweltministerium, Simone Probst, eroeffnete. Frau Probst: „ Staedte und Gemeinden haben eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Beschluesse zur nachhaltigen Entwicklung. Abfallwirtschaft, Gewaesserschutz, umweltfreundliche Verkehrswirtschaft, Staedteplanung und kommunaler Klimaschutz zaehlen zu den Herausforderungen der kommunalen Ebene. Dank des Engagements Tausender Buergerinnen und Buerger koennen Umwelt- und Entwicklungsprobleme vor Ort geloest werden.“

Nach Ansicht der Parlamentarischen Staatssekretaerin kann der Leitfaden „Die Lokale Agenda 21 zeigt Profil“ anderen Kommunen und Unternehmen als Orientierungshilfe dienen. Der Leitfaden stelle erfolgreiche Beispiele aus der Praxis vor und gebe Anregungen dafuer, wie die Kooperation von Kommunen und Unternehmen noch effektiver gestaltet werden kann, betonte Simone Probst. So kann etwa betriebliches Umweltmanagement als Bestandteil von Agenda-Prozessen auf lokaler und regionaler Ebene genutzt werden. In Zusammenarbeit von Unternehmen und Kommunen lassen sich z. B. Projekte zur Verminderung des Ressourcen- und Energieverbrauchs, Ansaezte zur umweltgerechten Produktgestaltung oder zur Vermarktung regionaler Produkte verwirklichen.

Auf dem Duesseldorfer Symposium „Neue Impulse fuer die Lokale Agenda 21 - Partnerschaft Kommune und Wirtschaft“ diskutieren Kommunalpolitiker, Unternehmer und Umweltmanager ueber Moeglichkeiten, die Lokale Agenda 21 an der Schnittstelle zwischen kommunalem und betrieblichem Umweltschutz zu optimieren.

Leitbild der Agenda 21 ist die gleichrangige Entwicklung von Oekologie, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Fortschritt. 1992 hatte sich die internationale Staatengemeinschaft in Rio auf dieses Aktionsprogramm fuer das 21. Jahrhundert geeinigt. Die Bundesregierung hat mit ihrer Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie konkrete Ziele festgesetzt. In Deutschland haben mittlerweile 2400 Staedte und Gemeinden eine Lokale Agenda 21 beschlossen. Um die Lokale Agenda voranzubringen, hat das Bundesumweltministerium die Einrichtung einer bundesweiten Servicestelle in Bonn (www.agendaservice.de) unterstuetzt. Sie fungiert als Dialogplattform und Dienstleister fuer die Beteiligten. Darueber hinaus dient sie auch als Verbindungsstelle zwischen Bund, Laendern, Gemeinden und den kommunalen Spitzenverbaenden.

Hinweis: Der Leitfaden „Die Lokale Agenda 21 zeigt Profil - Projektbausteine an der Schnittstelle Lokale Agenda 21/Betriebliche Umweltmanagementsysteme“ kann beim Umweltbundesamt (www.umweltbundesamt.de), Bismarckplatz 1, 14191 Berlin (Postkarte), Fax: 030/8903-2912,

kostenlos bestellt werden. Weitere Informationen zum Projekt und Symposium koennen im Internet (www.duesseldorf.de/umweltamt/wasser/was40100.shtml) abgerufen werden.

Berlin, den 03.12.03: Umweltkriminalitaet in Deutschland: weniger Verstoeße registriert - Trend der vergangenen vier Jahre setzt sich fort, Aufklaerungsrate steigt weiter

Die Zahl der registrierten Umweltdelikte in Deutschland ging im Jahr 2002 mit rund 33.400 bekannt gewordenen Straftaten erneut deutlich zurueck. Zum Vergleich: Im Jahr 2001 waren es noch 41.152 registrierte Faelle. Dies zeigt die Studie „Umweltdelikte 2002“, die das Umweltbundesamt (UBA) jetzt herausgegeben hat. Offen bleibt allerdings, ob die Umweltkriminalitaet tatsaechlich seit 1998 kontinuierlich abnimmt oder eher die Anzeigebereitschaft ruecklaeufig ist. Moeglich ist auch, dass die Sensibilitaet fuer Umweltschaedigungen nachgelassen hat.

Ein erfreuliches Ergebnis der Studie ist, dass der Anteil der Umweltkriminalitaet an der Gesamtkriminalitaet auch im Jahr 2002 mit 0,4 Prozent beachtlich niedrig war. Hervorzuheben ist auch, dass die Aufklaerungsquote bei Straftaten gegen die Umwelt mit 63,3 Prozent im Jahr 2002 weiter gestiegen ist und somit deutlich ueber der Quote der Gesamtkriminalitaet liegt (52,6 Prozent).

An der Spitze der Umweltdelikte steht seit den 90er-Jahren der unerlaubte Umgang mit gefaehrlichen Abfaellen (siehe Grafik in angehaengter Word-Datei). Mit 18.914 bekannt gewordenen Faellen weisen sie mehr als die Haelfte aller durch das Strafgesetzbuch (StGB) im Jahr 2002 erfassten Taten aus. Allein die vom unerlaubten Umgang mit gefaehrlichen Abfaellen erfasste umweltgefahrdende Abfallbeseitigung - beispielsweise ist das Auffuellen einer Grube mit Altreifen oder Altoelfaessern unter Strafe gestellt - macht fast die Haelfte aller durch das StGB erfassten Taten aus.

Fuer die Studie wertete das UBA die Daten der Landeskriminalaemter, des Bundeskriminalamtes, der Landesstatistikaemter sowie des Statistischen Bundesamtes aus. Auffaellig ist, dass die einzelnen Bundeslaender extrem unterschiedliche Zahlen zur Umweltkriminalitaet vorlegen. So wurden beispielsweise in Schleswig-Holstein 101,2 Faelle je 100.000 Einwohner bekannt, in Bayern waren es nur 11,1 Faelle. Bei der Aufklaerung war Sachsen-Anhalt mit einer Quote von 79,6 Prozent fuehrend, waehrend Berlin nur 41,0 Prozent der Verstoeße ahnden konnte. Allerdings koennen die vorliegenden Statistiken ueber die Ursachen und Hintergruende fuer regionale Haeufigkeit und Erscheinungsformen der Kriminalitaet sowie die Verfolgungspraxis keinen Aufschluss geben.

Umweltdelikte wurden ueberwiegend von maennlichen Taetern im mittleren Alter zwischen dreißig und fuenfzig Jahren begangen. Es handelte sich in der Regel um Einzeltaeter.

Die vorliegende Studie laesst keine Rueckschluesse auf die zu vermutende Dunkelziffer in der Umweltkriminalitaet zu. Grundsaeztlich erfassen Kriminalitaetsstatistiken nur einen Ausschnitt der Realitaet. Daher kann auch die veroeffentlichte Auswertung kein realitaetsgetreues Abbild der tatsaechlichen Umweltkriminalitaet in Deutschland liefern. So bleibt offen, ob es sich um einen anhaltenden Abwaertstrend oder eine mangelnde Durchsetzung der Rechtsnormen in der Praxis handelt.

Die Studie „Umweltdelikte 2002 - Eine Auswertung der Statistiken“ ist in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes als Nr. 65/03 erschienen, umfasst 141 Seiten und kostet 10,- Euro. Sie ist erhaeltlich bei Werbung und Vertrieb, Ahornstraße 1-2, 10787 Berlin, Fax: 030/ 218 13 79.

Anmerkung Scherrmann:

Auf dem Gebiet des Umweltrechts ist fuer mich vor allem interessant, was als Umweltkriminalitaet und was als voellig legal definiert ist.

Berlin, den 02.12.03 : Umwelt schuetzen - nur fuer Kinder

Ein Angebot fuer junge Umweltschuetzerinnen und Umweltschuetzer auf den Internet-Seiten des Umweltbundesamtes

Auch ganz junge Umweltschuetzerinnen und Umweltschuetzer werden jetzt auf den Internetseiten des Umweltbundesamtes (UBA) fuendig. Was bislang auf die Erwachsenen ausgerichtet war, oeffnet sich jetzt auch wachen Kinderaugen. Das Internetprogramm „Nur fuer Kinder“ steht ab sofort auf den Internet-Seiten des Umweltbundesamtes <http://www.umweltbundesamt.de> zur Verfuegung. Auf den neuen Seiten erfahren die Kleinen, wie man umweltfreundlich vorwaerts kommt, das Fahrrad sicher macht, mit dem „Blauen Engel“ einkaufen geht. Sie lernen, wie man die Schultasche clever packt, das „Abenteuer Natur“ erlebt und vieles andere mehr.

In einem Umweltquiz koennen die Kids ihr Umweltwissen testen. In der Fotogeschichte „Dumm gelaufen“ treibt ein Sprayer sein Unwesen. Und in vielfaeltigen Spielen und Experimenten koennen spannende Entdeckungen gemacht werden. Zum Beispiel, wie man eine Sonnenmuehle baut, die nur durch Sonnenwaerme angetrieben wird. Oder wie man eine Muellmodenschau organisiert.

Aber auch die, die noch mehr tun wollen, kommen auf ihre Kosten. Denn es gibt viele Tipps und Hinweise, wo sich Kinder weitere Informationen holen koennen und in welchen Projekten Kinder aktiv mitwirken koennen.

Berlin, den 24.11.2003: **Emissionen von Flammschutzmitteln mindern**
Untersuchungen an Bauprodukten und Konsumguetern bringen neue Erkenntnisse ueber die Quellen

Flammschutzmittel werden immer wieder in teilweise hohen Konzentrationen in Hausstaeben nachgewiesen. **Die Quellen der Emissionen sind bisher wenig erforscht.** Im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) untersuchte die Bundesanstalt fuer Materialforschung und -pruefung bei Bauprodukten und Konsumguetern das Emissionsverhalten der Flammschutzmittel. Mit den aktuell veroeffentlichten Ergebnissen liegen erstmals umfangreiche Daten vor, die es gestatten, insbesondere fuer phosphororganische Verbindungen die Bandbreite der emittierten Mengen schaeetzen zu koennen.

Zur Stoffgruppe der Flammschutzmittel zaehlen verschiedene chemische Verbindungen. Sie sollen die Entzuendbarkeit brennbarer Materialien mindern. Die Kehrseite: **Einige Flammschutzmittel sind toxikologisch und oekotoxikologisch bedenklich und koennen gefaehrlich fuer Umwelt und Gesundheit sein.**

Im Forschungsprojekt wurden die Produktgruppen Montageschaum, Daemmstoffe aus Kunststoffschaeumen, Polstermoebel und Matratzen sowie Computer untersucht. Besondere Beachtung fanden dabei polybromierte Flammschutzmittel, halogenierte und halogenfreie Phosphorsaureester und Chlorparaffine.

Die Untersuchung der einzelnen Produkte erfolgte in unterschiedlich groessen Pruefkammern unter Standardbedingungen. Moegliche Flammschutzmittel-Emissionen wurden zur Simulation der Betriebsbedingungen im Betriebszustand oder bei erhoelter Temperatur gemessen.

Mit den eingesetzten Verfahren laesst sich die Emission phosphororganischer Verbindungen qualitativ und quantitativ gut nachweisen. So wurden zum Beispiel fuer einen B2 - Polyurethan - Montageschaum (Flammschutz: Tris(2chlorisopropyl)-phosphat (TCPP)) Ausgleichskonzentrationen in der Pruefkammer von 3 mg m^{-3} TCPP gefunden; fuer andere Montageschaeume mit glatter oder gesaegter Oberflaeche lagen die Konzentrationen zwischen 10 und 15 mg m^{-3} TCPP. Fuer die bromierten Flammschutzmittel ist nach den bisherigen Ergebnissen eine gute Anwendbarkeit der Untersuchungsmethode fuer Verbindungen mit bis zu sechs Brom-Atomen gegeben. Mit dann zunehmender Schwerfluechtigkeit wird die Bestimmung der Emissionen schwieriger. Fuer eine umfassende Darstellung des Emissionsverhaltens der Flammschutzmittel und darauf aufbauender Expositionsbewertungen reichen die Ergebnisse noch nicht aus. Gleichwohl gibt die Studie viele Hinweise, wo weiterfuehrende Untersuchungen notwendig sind.

Die Studie „Emissionen von Flammschutzmitteln aus Bauprodukten und Konsumguetern“ ist in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes als Nr. 55/03 erschienen und umfasst 188 Seiten. Sie ist erhaeltlich bei Werbung und Vertrieb, Ahornstraesse 1 - 2, 10787 Berlin, Telefon 030/2 11 60 61, Fax: 2

18 13 79. Sie ist auch - in der englischen Version - im Internet unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de> als Download verfügbbar.

Anmerkung Scherrmann: Hier zeigt sich deutlich: Es wird Forschungsbedarf zugegeben. Wenn aber ein Arbeiter in seinem beruflichen Leben diesen Substanzen ausgesetzt wurde, dann heisst es: diese koennen nicht krank machen. Es wird also permanent ein falscher unlogischer Umkehrschluss gezogen.

=====

Ende des newsletter/d/61

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann, Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529 email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org, web: <http://www.safer-world.org> SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt